

Ein neuer Handelskammer-
gesetzentwurf.

Der Handelsminister Drefeld hat an Stelle
des Handelskammergesetzes des Freiherrn von
Dreschlich einen neuen Entwurf ausarbeiten
lassen, der nach der „Frf. Btg.“ folgenden In-
halt hat:

Artikel I (Wahlberechtigung). Der § 5 des Gesetzes über die Handelskammern enthält folgende Fassung: § 5. Wahlberechtigte männliche Personen, die weder unter Vormundschaft noch unter Pflegschaft stehen, üben das Wahlrecht persönlich aus. Eine Vertretung bei den Wahlen erfolgt: 1. Für offene Handelsgesellschaften durch einen zur Vertretung befugten Gesellschafter, für andere wahrberechtigte Gesellschaften und Gewerkschaften durch einen ihrer gesetzlichen Vertreter und wenn sie solchen nicht haben, durch ein Vorstandsmitglied. 2. Für Personen weiblichen Geschlechts, für Personen, die unter Vormundschaft und Pflegschaft stehen, und für Zweigniederlassungen, die einem anderen Handelskammerbezirk wie die Hauptniederlassung angehören und nicht von einer nach den vorstehenden Bestimmungen wahrberechtigten Person geleitet werden, durch einen im Handelsregister eingetragenen Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigten (Artikel 47 des Handelsgesetzbuchs). Der Vertreter muß den Anforderungen entsprechen, von denen die persönliche Ausübung des Wahlrechts abhängig ist. Ist in den Fällen der Ziffer 2 des zweiten Absatzes ein zur Ausübung des Wahlrechts befähigter Prokurist oder Handlungsbevollmächtigter nicht vorhanden, so kann die Stellvertretung einem besonders bestellten Bevollmächtigten, der den dritten Absatz bezeichneten Anforderungen entsprechen muß, übertragen werden.

Artikel II. (Wählbarkeit). Die §§ 7 und 8 des Gesetzes über die Handelskammern werden durch folgende Bestimmungen ersetzt. § 7. Zu Mitgliedern der Handelskammer wählbar sind deutsche Staatsangehörige, die mindestens 25 Jahre alt und zur Ausübung des Wahlrechts befähigt sind. Von den in Artikel I. (§ 5) unter Absatz 2 Ziffer 2 und Absatz 4 aufgeführten Stellvertretern sind jedoch nur die Prokuristen bei einer Zweigniederlassung wählbar. Mehrere Vertreter derselben Gesellschaft oder Gewerkschaft (Gesellschafter, gesetzliche Vertreter, Vorstandsmitglieder, Prokuristen) dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder derselben Handelskammer sein. § 8. Die Handelskammer kann beschließen: 1. daß Personen, die nach § 7 zu Mitgliedern der Handelskammer gewählt werden konnten, auch dann wählbar bleiben, wenn sie die die Wählbarkeit begründende Thätigkeit oder Stellung aufgegeben haben; 2. daß auch andere als die in § 7 Absatz 2 bezeichneten Prokuristen zu Mitgliedern gewählt werden können. Die Wählbarkeit kann für die unter Ziffer 1 aufgeführten Personen von der Leistung von Beiträgen abhängig gemacht werden. Mehr als der fünfte Theil der Mitglieder der Handelskammern darf nicht aus Personen bestehen, deren Wählbarkeit auf Beiträgen der Handelskammer beruht.

Artikel III (Wahlverfahren). Zu
§§ 10—15. 1. Die Handelskammer kann des-
wegen, daß für die Wahlen der Mitglieder
Wahlabtheilungen gebildet werden. Die näheren
Bestimmungen über die Bildung der Wahl-
abtheilungen und über die Vertheilung der Mit-
glieder auf dieselben werden durch Statut ge-
troffen, das der Genehmigung des Ministers für
Handel und Gewerbe unterliegt. 2. Die Handels-
kammer kann für die Einführung der Wahlen
andere Bestimmungen treffen, als in § 14 des
Gesetzes über die Handelskammern vorgelesen
sind. Das zu dem Zwecke zu beschließende
Statut unterliegt der Genehmigung des Ministers
für Handel und Gewerbe.

Artikel 19 (Kostenanwand). a) Der § 21 des Gesetzes über die Handelskammern enthält folgenden Zusatz: Die Handelskammern kann beschließen, ihren Mitgliedern eine den bareen Auslagen für die Theilnahme an den Sitzungen entsprechende Entschädigung zu gewähren. b) Der § 23 des Gesetzes über die Handelskammern wird durch folgende Bestimmungen ersetzt: 1. Soweit die in dem Handelskammer veranlagten Kosten der Handelskammerverwaltung nicht durch besondere Einnahmen gedeckt werden, werden sie auf die Wahlberechtigten angelegt. Den Maßstab bildet die staatlich veranlagte Gewerbesteuer. Dabei bleibt derjenige Theil der Gewerbesteuer außer Anrechnung, der auf Betriebe fällt, die ihren Sitz nicht im Handelskammerbezirke haben. Darüber, in welcher Weise Wahlberechtigte, die nicht zur Gewerbesteuer veranlagt sind, zu Handelskammerbeiträgen herangezogen werden, beschließt die Handelskammer. 2. Das Ergebniß der Veranlagung zur Gewerbesteuer wird der Handelskammer von den Steuerämtern kosten-

Mittheilungen aus dem
Grundbesitz.

Vom Centralverband.

Dem Bericht des Centralverbandes der Haus- und städtischen Grundbesitzer-Bereine Deutschlands für das Jahr 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1896, welcher auf dem XVIII. Verbandstag zu Görtz zum Vortrag gelangt, entnehmen wir, daß die Entwicklung und Ausbreitung des Centralverbandes als recht erfreulich zu bezeichnen. Als ordentliche Mitglieder traten seit dem 1. Juli 1895 17 Vereine mit 3500 Mitgliedern bei. Durch Auflösung schieden aus dem Centralverbande aus die Vereine zu Rostock, Vohenstruß und Gnesen, durch Austritt die Vereine zu Duisburg-Hochfeld, Moßau, Weissenfels und Forst. Die beiden zuletzt genannten Vereine motivirten ihren Austritt mit dem Beitritte zu den inzwischen begründeten Provinzialverbänden für Sachsen und Brandenburg. Diese Motivirung scheint uns dafür zu sprechen, daß das Verständnis, wie verschieden die Aufgaben und Zwecke des Centralverbandes von denen der Provinzialverbände sind, noch keineswegs überall durchgedrungen ist. Sache der Provinzialverbände würde es sein, die Vereine dahin aufzuklären, daß es auch über die Provinzen hinausgehende

frei mitgetheilt. Insoweit die Veranlagung sich auf mehrere Betriebe eines Vertragspflichtigen erstreckt, die ihren Sitz in verschiedenen Handelskammerbezirken haben, theilen die Steuerzuschüsse den beteiligten Handelskammern die auf ihre Bezirke entfallenden Theilbeträge mit. Die Handelskammer stellt nach den Mittheilungen der Steuerzuschüsse die Beitragslisten fest. 3. Auf Erträgen der Handelskammern haben die Gemeinden und Gutsbezirke die Erhebung der Handelskammerbeiträge gegen eine Vergütung von drei vom Hundert der eingezogenen Beiträge zu bewirken und die Beiträge durch Vermittelung der Kreis- (Steuer-) Kassen an die Handelskammer abzuführen. Die Handelskammerbeiträge sind öffentliche Lasten. Nichtbändige Beiträge werden in derselben Weise wie Gemeindeabgaben eingezogen. 4. Einsprüche gegen die Veranlagung zu Handelskammerbeiträgen sind innerhalb zwei Wochen nach der Zahlungsaufforderung bei der Handelskammer anzubringen, die darüber beschließt. Gegen den Beschluß findet innerhalb zwei Wochen nach der Zustellung die Klage beim Bezirksausschuß statt. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Einsprüche, welche sich gegen den dem Handelskammerbeiträge zu Grunde liegenden Satz der staatlich veranlagten Gewerbesteuer richten, sind unzulässig. 5. Die Handelskammer ist befugt, zur Deckung der Kosten von Einrichtungen, die für einzelne Theile des Handelskammerbezirks oder für einzelne Betriebszweige ausschließlich bestimmt sind oder ihnen in hervorragendem Maße zu Gute kommen, die Vertragspflichtigen dieser Bezirkstheile oder Betriebszweige zu besonderen Beiträgen heranzuziehen. Die Verwaltung solcher Einrichtungen kann durch Beschluß der Handelskammer örtlichen oder sachlichen Ausschüssen übertragen werden, die aus Mitgliedern der Handelskammer und Vertretern der beteiligten Bezirkstheile oder Betriebszweige zu bilden sind. Die auf Grund

der Bestimmungen gefakten Beschlüsse unterliegen der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe.

Artikel V (Geschäftsgang). Der § 29 Absatz 2 des Gesetzes über die Handelskammern wird durch folgende Bestimmungen ersetzt: Urkunden, die die Handelskammern Vermögensrechtlich verpflichten sollen, sind unter ihrem Namen von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter und noch einem Mitgliede der Handelskammer zu vollziehen. Die Handelskammer hat die Rechte einer juristischen Person.

Artikel VI. (Geschäftskreis). a. Der § 31 des Gesetzes über die Handelskammern enthält folgende Zusätze: Sie sind befugt, Instanzen, Anlagen und Einrichtungen, die die Förderung von Handel und Gewerbe, sowie die technische, geschäftliche und sittliche Ausbildung der darin beschäftigten Gehäufen und Lehrlinge begünstigen, zu begründen, zu unterhalten und zu unterstützen. b. Unter § 34 wird folgender § 34a eingeschaltet: § 34a. Die Handelskammer ist befugt, Bücherrenthoren, Reparatoren und solche Gewerbebetriebe der in § 36 der Reichsgewerbeordnung bezeichneten Art, deren Thätigkeit in das Gebiet des Handels fällt, öffentlich anzustellen und zu beiziehen. Auf Auktionatoren findet diese Bestimmung keine Anwendung. Vorschriften, die die Handelskammer für die hiernach angestellten Personen erläßt, sind dem Minister für Handel und Gewerbe zur Prüfung vorzulegen. Der Handelskammer liegt ferner die Ausstellung von Urprünzungsgewissenen und anderer dem Handelsverkehr dienenden Bezeichnungen ob.

Artikel VII (Kaufmännische Korporationen). Die in § 36 des Gesetzes über die Handelskammern aufgeführten kaufmännischen Korporationen und das Kommerzkollegium zu Altona sind befugt, sich in Handelskammern umzuwandeln. Die Umwandlung erfolgt durch ein von der Korporation zu beschließendes, der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe unterliegendes Statut, in welchem über die Verwaltung der Einrichtungen und des Vermögens der Korporation, sowie über das für die neue Handelskammer maßgebende Wahlsystem Bestimmung zu treffen ist. Durch das Statut kann die bisherige Bezeichnung der Korporation und ihrer Vertretung anseht erhalten und Wahlrecht und Beitragspflicht von der Veranlagung zu einem Mindeststeue der Gewerbesteuer abhängig gemacht werden.

Von großer Wichtigkeit für Berlin speziell ist der Artikel VII, nach welchem die bisherigen Korporationen bestehen bleiben können.

Deutschland.

Berlin, 28. Juli. Die Bekanntmachung des Erlasses des Kriegsministeriums über die Abwehr der sozialdemokratischen Mordanschläge seitens der Armee hat für die Zivilbevölkerung noch insofern eine weittragende Bedeutung, als nach dem geltenden Recht mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft wird, wer eine Person des

große und gewichtige Interessen des gesamten deutschen Stadtgrundbesitzes giebt und daß es Pflicht aller Vereine ist, der Vertretung dieser gemeinsamen Interessen ihre Unterstützung zu leisten.

Die Zahl der preussischen Provinzialverbände hat sich durch Begründung eines brandenburgischen und sächsischen Provinzialverbandes unter dem Bundes schlesischer Haus- und Grundbesitzervereine vermehrt. In der Provinz Pommern gehören die Hausbesitzer-Vereine zu Greifswald, Stettin, Pölitz, Stettin und Stolp dem Verband an, während denselben die Vereine von Kolberg, Pasewalk und Swinemünde noch fernsteht.

Ueber die wirtschaftliche Lage des städtischen Grundbesitzes spricht sich der Bericht in folgender Weise aus:

Die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich im Berichtsjahre bemerkbar machte und auf Industrie, Handel und Verkehr belebend einwirkte, hat sich auf den ländlichen Grundbesitz nicht erstreckt. Sie ist sogar für ihn infolten nicht günstig gewesen, als unter den wirtschaftlichen Aufschwünge die Banthätigkeitsvermehrung in den meisten Städten erheblich gesteigert worden ist. Da die Ueberproduktion an Wohnungen aber inzwischen noch keineswegs beseitigt war, so vermochte die erfreuliche Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage keine Ausgleich für den Hausbesitzer herbeizuführen. Dieser Umstand hat sich um so fühlbarer gemacht.

Soldatenstandes auffordert oder anreizt, einem Befehle des Vorgesetzten nicht Gehorsam zu leisten. Die „Nat. Lib. Storr.“ bemerkt dazu:

Bisher war es, wie ja auch die Verhandlungen über den § 112 der vorjährigen „Umsatzvorlage“ ergeben haben, in vielen Fällen nicht möglich, der sozialdemokratischen Propaganda im Deere wirksam auf Grund des Strafgesetzbuches entgegenzutreten, weil es nicht nachweisbar war, daß eine Aufforderung vorlag, welche den Angehörigen gegen einen bestimmten Dienstbefehl zum Gegenstande hatte. Schon in der Begründung zu der genannten Vorlage hieß es: „Es sind zahlreiche Fälle denkbar, in denen ein bestimmter Dienstbefehl, der nach der Ansicht des Trägers libertärere werden soll, sich nicht nachweisen läßt. Dahin können beispielsweise gehören das Niederlegen von sozialdemokratischen Flugschriften in Kasernen, in militärischen Establishments, auf Werften oder Schiffen, oder die Einführung von Soldaten in geschlossene Gesellschaften, die sozialdemokratischen Bestrebungen schaden sind.“ Der jetzt publizirte Erlass des Kriegsministers gilt zweifellos als „Dienstbefehl“ für die gesamte Armee. Jede Aufforderung zu einer Verletzung der darin enthaltenen Vorschriften findet demnach in Zukunft nach dem § 112 des Reichsstrafgesetzbuchs Anbahnung. Es wird demnach möglich sein, Jeden zur Rechenhaftigkeit und Bestrafung zu ziehen, der den Versuch macht, einen Soldaten zur Theilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen, offenen oder geschlossenen zu bewegen, der einen Soldaten auffordert, die sozialdemokratische Propaganda im Deere zu betreiben oder die Verbreitung sozialdemokratischer Schriften zu unternehmen. Auf den Inhalt der Schriften kommt es dabei nicht an; es genügt, daß sie sozialdemokratischen Ursprungs sind. Es ist klar, daß auf Grund dieses Erlasses der sozialdemokratischen Propaganda im Deere kräftiger entgegengetreten werden kann, als bisher.“

— Von Selbsthülfe sprach Landwirthschaftsminister Fehr, von Dammernstein bei einem Festlich-
keid, das ihm zu Ehren der Landwirthschaftliche
Zentralverein zu Anstörung gab. Er betonte,
daß die Embrasse, die er bisher in Dispreuen
gewonnen, ihm durchaus befriedigt hätten. Er
habe eine Bevölkerung kennen gelernt, die keines-
wegs verzagt in die Zukunft schaut, sondern, wie
ihm, von den verscheidenden Landwirthten ver-
sichert wäre, das Vertrauen hätte, daß, wenn die
Erfolge in der Landwirthschaft in manchen Jah-
ren zu wünschens übrig ließen, doch auch wieder
Jahre kommen könnten, in welchen die Erträge
gute und reichliche wären. Das Vertrauen auf
die eigene Kraft, die Selbsthülfe sei ein sehr
nothwendiger und wichtiger Factor in der Land-
wirthschaft, aber hiermit allein sei es natürlich
nicht gethan, sondern es müsse auch Hülfe von
anderer Seite, von dem Staat, hinzukommen,
soweit solche möglich und angezeigt sei.

— Der Londoner Sozialistenkongreß oder, wie er „amtlich“ heißt, „der internationale sozialistische Arbeiter- und Gewerkevereinskongreß“, konnte sich gestern der Gunst des Himmels nicht erfreuen. Die Vorfeser im Hydepark, bei welcher vor Tausenden und Aber-tausenden „in Jungen geredet“ werden sollte, wurde durch einen furchtbaren Wolkenbruch zu Wasser, noch ehe auch nur ein Redner zu Wort hatte kommen können. Heute wurde dann der Kongreß selbst unter Vorh von Edward Cowen eröffnet. Die Zahl der Delegirten beträgt etwa 800. Nach der Eröffnung entspann sich eine Debatte über die Zulassung der Anarchisten zu den Versammlungen. Mit 223 gegen 144 Stimmen wurde beschloßen, den in Zürich gefassten Be-schluß, daß nur Sozialisten, zuzulassen sind, auf-zurecht zu halten. Die Anarchisten werden nun wohl einen besonderen Kongreß abhalten, auf welchem den Nebel, Liebknecht und Genossen „der Sozialismus aberkannt“ und sie für Bourgeois werden erklärt werden.

Ueber die deutsche See- und Küsten-
fischerei im Jahre 1894-95 bringen die „Mit-
theilungen des deutschen Seefischereivereins“
einen eingehenden Bericht, dem wir folgende
Angaben entnehmen:

Die Verlustliste des Jahres 1894 zeichnet in der Geschichte unserer nationalen Seefischer ein düsteres Blatt. Allen voran steht das schwere Unglück, das in den letzten Tagen des Jahres über unsere Nordsee-Fischerflotte hereinbrach. Dem orkanartigen Sturm, der am 23. December an einzelnen Stellen der Nordsee in Windstärken von außerordentlicher Höhe tobtet hat, sind sechs Fischdampfer von der Weser, einer von der Elbe und zwei Rutter aus Hünemünde mit ihrer gesamten Besatzung zum Opfer gefallen. Von dem Wüdehull, welchen dies traurige Ereigniß in ganz Deutschland und weit über dessen Grenzen hinaus gefunden hat, legt das Ergebniß der von Seestemünde, von Hamburg-Altona und vom Deutschen Seefischereiberein ins Werk gesetzten Sammlung ein ehrenvolles Zeugniß ab. Die öffentliche Mithätigkeit ist für die Hinter-

als die steuerliche Belastung des städtischen Grundbesitzes in der Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten von Jahr zu Jahr verhärtet worden ist. Konnte doch vor Kurzem in der Petitionscommission des preussischen Abgeordnetenhauses festgestellt werden, daß der städtische Hausbesitzer in Preußen zwischen ein und zwei Fünftel seines Reineinkommens für Steuern zu verwenden habe! In einer Reihe anderer Staaten liegen die Verhältnisse nicht besser. Noch ungünstiger als dieser Steuerdruck dürften aber in Zukunft jene Bestimmungen wirken, die in dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuche für das Deutsche Reich bezüglich des Miethrechtes getroffen worden sind. Auch da tritt die in den letzten Jahren im Reiche wie in den Einzelstaaten zu beobachtende Erscheinung zu Tage, daß die Geseßgebung stets modernen sozialpolitischen Anschauungen huldigt, sofern es gilt, die Rechte des städtischen Grundbesitzers, des Vermieters, zu schwächen, daß sie dagegen mit ungeheurer Zähigkeit an heralteten, längst nicht mehr zutreffenden Ansichten festhält, sobald es sich darum handelt, ihm Vorken aufzubürden.

Die Wohnungsverhältnisse sind heute anders geworden als in früheren Zeiten. Das patriarchalische Verhältniß, unter dem die Bevölkerung von Wohnungen einst nur gelegentlich von einzelnen Personen betrieben wurde, die in ihrem eigenen Hause zu viel Raum hatten, ist jetzt gänzlich geschwunden, und die Herstellung und

stiebenen der bei diesem Sturm um's Leben gekom-
 menen Seefahrer, auf welche die Wofsthaten
 der Unfallversicherungsgesetzgebung noch nicht aus-
 gedeht sind, in einer Weise eingetreten, daß die
 den Sammlungsergebnissen entweder durch ein-
 malige oder laufende Zuwendungen eine Verfor-
 gung etwa in Höhe der Unfallrente möglich ge-
 worden ist. Aber auch von diesem Massen-
 unglück abgesehen, hat es an Unfällen nicht ge-
 fehlt, bei welchen aber den Hinterbliebenen eine
 gleiche oder auch nur ähnliche, den Verlust des
 Ernährers immerhin erleichternde Wofsthat leider
 nicht hat gewährt werden können. Man hatte
 sich daran gewöhnt, die als hervorragend sech-
 stlich bekannten Fischdampfer gegen Unwetter
 gegenüber als sechulich zu betrachten. Dieses
 Sicherheitsgefühl hat durch die Katastrophe vom
 23. Dezember 1894, der mit einem Schlage
 sieben deutsche Fischdampfer unterlagen, einen
 Stoß erlitten. Die Versicherungsgesellschaften,
 welche bis dahin für Fischdampfer immer
 mäßige Schadenzahlungen zu leisten hatten, sind
 durch dies Ereigniß so mitraurisch geworden,
 daß sie ihre Prämienforderungen beträchtlich er-
 höht haben."

— Ueber den Verkauf einer Audienz bei dem Unterstaatssekretär Bohmann hat sich Herr Bäckermeister August Winkler in einer Versammlung wie folgt geäußert:

„Da selbst im Innungsvorstande (der Germania) Meinungsverschiedenheiten über Verwendung der Zeit zwischen einer Arbeitslicht und der ununterbrochenen Ruhe von 8 Stunden des Maximalarbeitsages bestanden, machte ich mich dieser Tage auf, um mir bei dem Herrn von Meheren vom Ministerium für Handel und Gewerbe, dem Verfasser der Broschüre „Die Regelung der Arbeitszeit in Wärrerien und Konditorien“ Auskunft zu verschaffen. Herr von Meheren war aber leider nicht anzutreffen; ebenfalls von Robineau, des Vorgesetzten der Dr

to war der Geheimde Ober-Regierungs Rath Dr. Sieffert, den ich daraufhin zu sprechen wünschte, nicht anwesend. Auf mein Ersuchen wurde ich von Unterstaatssekretär Kohnmann empfangen, der mir auch bereitwilligt Aufklärung ertheilte. „Sie wollen wissen“, sagte er, nachdem ich mein Anliegen vorgetragen, „wozu Sie die Zeit zwischen einer Arbeitsschicht und der ununterbrochenen Ruhe von acht Stunden verwenden dürfen? Nun, da können Sie allerlei, auf das Gewerbe Bezug habende, gelegentliche Dienstleistungen durch die Gesellen vornehmen lassen. Die Zeiteinteilung würde sich folgendermaßen ungefähr gestalten: der Tag hat 24 Stunden; 12 Stunden dürfen Sie zur Herstellung von Waaren verwenden, und wenn die Pause eine Stunde beträgt, sogar 13 Stunden. Pausen unter 1 Stunde kommen nicht in Anrechnung; eine halbe Stunde dürfen Sie zur Verfertigung des Heftenstücks und Sauerteigs verwenden, was ja auch zur täglichen Verfertigung gehört, da ohne dieselbe keine Waare herzustellen

gehört, da ohne diese reime Waare hergestellt werden kann. Das sind 13 1/2 Stunden, verbleiben dann noch 10 1/2 Stunden, wovon nach Abrechnung von 8 Stunden ununterbrochener Ruhe 2 1/2 Stunden übrig bleiben, die Sie zu gelegentlichen Dienstleistungen wie Mehlschütteln, Holz- und Kohlenablagen, Beförderung einer Extrabestellung u. s. w. verwenden können. — Ich warf ein, daß zwar die zweieinhalb Stunden für gelegentliche Dienstleistungen genügen und kaum auf einmal in Anspruch genommen würden, daß aber die Zeit für Fertigstellung der Waare, die durch verschiedene Umstände, so durch Nachlässigkeit, nicht eingearbeitete fremde Gesellen u. s. w. Versögerung erleiden könne, zu knapp bemessen sei. „Sie sprechen von nicht rechtzeitigem Fertigstellung der Waare,“ fuhr der Herr Unterstaatssekretär fort, „ich weiß nicht, ich habe mein Frühstücksgebäck noch immer zur Zeit bekommen, und ich gebrauche es ziemlich zeitig.“ Ich wandte ein, daß dies auf die Fertigstellung der ersten Waare weniger Einfluß hätte, sich vielmehr am Schluß der Arbeitszeit bemerkbar machte.

"Nun dann verbleiben Ihnen bei solchen Ausnahmen ja immer noch 40 Tage Ueberarbeit, an denen Sie die vollen 16 Stunden zur Herstellung von Waare verwenden können, abgerechnet die Tage, welche die Uebersetzungsbehörde festgelegt hat, die Sie auf der Kastenrolle zu durchstreichen haben." Ich brachte auch den Fall, in welchem ein Gelehrter zu Unrecht durchschloß hatte, zur Sprache; die Verordnung sagt nicht, wessen Pflicht oder Recht es wäre, die Tage der Ueberarbeit zu durchstreichen. Hierzu sagte der Herr Unterrichtssecretär: "Meine persönliche Meinung in erster Linie ist die, daß der Meister zum Durchstreichen oder Durchschneiden verpflichtet ist; er kann aber auch einen Gelehrten beauftragen, in seinem Namen dies zu thun. Zweiterhandlungssachen sind selbstredend gerichtlich zu ahnden. Es liegt übrigens in Ihrer Hand, bei der täglichen Reinigung schlechte Elemente unter Ihren Gefellen auszunehmen. Wird die Arbeit nicht fertiggestellt durch Vernachlässigung seitens eines Gefellen, so können Sie ihn entlassen. Nach meiner Ansicht liegt es noch viel an der Eintheilung bei

Vernichtung von Wohnungen hat sich namentlich in den Großstädten zu einem besonderen Gewerbe herausgebildet. Trotzdem beruht eine Reihe von Leistungen, die die Gemeinden von den Grundbesitzern verlangen, so z. B. das Reinigen der Straße, die Beleuchtung der Häuser und dergl., noch auf der Idee, daß jedes Haus von dem Eigentümer auch benutzt und bewohnt werde. Dennoch kann heute, wo besonders in den Großstädten die Häuser in den meisten Fällen ausschließlich von Miethern bewohnt werden, kein Zweifel sein, daß die Veranziehungen der Hauseigentümer zu jenen Lasten keine Berechtigung mehr besitzt. Das hindert die Gemeinden freilich keineswegs, die Hauseigentümer darüber hinaus auch noch zu Trägern für all die möglichen Geld- und Dienstleistungen zu machen und sie zur Deckung von Ausgaben heranzuziehen, die nicht in ihrem, sondern lediglich im öffentlichen Interesse erfolgen. Ja, wie sich neuerdings in Preußen gezeigt hat, bekräftigt die Staatsregierung die Gemeinden sogar in einem Verhältnisse, das nicht als dem Geiste und der Bestimmungen des geltenden Rechts entsprechend bezeichnet werden kann.

Man wird schwerlich zu weit gehen, wenn man die Behauptung aufstellt, daß die Geistesgeber in der neuesten Zeit das Verständnis für die ethische und soziale Bedeutung des städtischen Grundbesitzes völlig verloren haben. Es liegt ein unläugbarer Widerspruch zum Beispiel

Meister wie bei Gelellen; gehen Sie nur mit etwas mehr gutem Willen an die Sache heran; ich glaube ja auch, daß der Uebergang eine besondere Eintheilung erfordert. Aber auf keinen Fall ist es schön zu nennen und nicht zu Ihrem Vortheil, was ich in der Presse gelesen habe, daß nämlich manche Ihrer Kollegen sich der Verbrennung widersetzen, um sie zu Fall zu bringen. Gehen Sie, wenn Sie Veränderungen wünschen, sachlich vor, Sie werden dann mehr erzielen.“ Ich wollte noch auf die Sonntagsruhe, das nächste Schmerzenskind des Handwerks, speziell für das unsere, eintreten, wurde aber durch anderweitige Inanspruchnahme des Herrn Bohmann davon abgehalten. Ich habe die Hoffnung, daß die Regierung resp. die leitenden Personen unseren Vorstellungen doch ein Ohr leihen werden, um die Sache nach Möglichkeit zu beiderseitiger Zufriedenheit zu gestalten.“

Franzreich.

Paris, 26. Juli. Charles Ferry, Abgeordneter der Bageien, der Bruder Jules Ferry's, hat an den Bürgermeister von Saint-Die folgenden Brief gerichtet: „Die größten Plag einem Denkmahl für Jules Ferry gewidmet. Ich bitte Sie, als Beweis meines Dankes 100 000 Fr. entgegenzunehmen, die zur Vergrößerung Ihres Krankenhauses erforderlich sind.“

Spanien und Portugal.

Madrid, 27. Juli. Ein beschäftigungs-
loser Mann, den man für geisteskrank hält, be-
schimpfte den Ministerpräsidenten Canovas und
stieß Drohungen gegen ihn aus. Es erfolgte
seine sofortige Verhaftung. Dem Zwischenfall
wird keine Bedeutung beigelegt.

England.

London, 27. Juli. Unterhaus. Parlaments-
untersekretär des Aeußeren Gurnon erklärte,
die Frage der Handelsinteressen Englands im Aus-
lande sei, seitdem die jetzige Regierung im Amte
ist, auf das ernstlichste erwogen worden. Die
Regierung habe beschlossen, zwei neue Handels-
Attaches zu ernennen, und zwar einen für
Deutschland, die Niederlande und Scandinavien
mit dem Wohnsitz in Berlin, den zweiten für
Spanien und Portugal mit dem Wohnsitz in
Madrid. Die Thätigkeit des Handelsattachés in
Paris werde noch reorganisiert werden, der Bezirk
dieses Attachés solle von jetzt ab Frankreich,
Belgien und die Schweiz umfassen. Auch der
Bezirk des Handelsattachés in Russland sei neu
abgegrenzt worden; denselben seien die süd-
östlichen Theile Europas zugetheilt, während
Asien aus diesem Bezirk ausgeschieden sei. Für
die Bombardir sei ein Konsul mit dem Wohnsitz
in Mailand ernannt worden, und zwar zu dem
zweifellosen Zweck, Handelsinformationen zu
sammeln. Das Konsulatspersonal in Siam sei
durch zwei neue Ernennungen vergrößert worden.
Die Regierung hoffe sehr, einen weiteren Konsul
in Yunnan ernennen zu können. Mehrere neue
Konsulärämter seien in der Bildung begriffen
für die neuen Häfen, welche dem fremden
Handel durch den chinesisch-japanischen Vertrag
von Shimonoseki eröffnet worden seien. Der
nächste Konsul Vernal in Kanton sei in
spezieller Mission nach den Vertragshäfen von
China, Japan und Korea entsandt worden, um
über die durch den letzten Krieg geschaffenen
Lage des dortigen Handels zu berichten. Der
Nachfolger des jetzigen Handelsattachés in
Paris in Aussicht genommene Austin Lee sei mit
der Ausarbeitung eines Spezialberichts über den
Handel und die Schifffahrt der mit dem Japan
von London konkurrierenden seeländischen Häfen
beschäftigt. Als Ergebnis eines Meinungs-
austausches zwischen dem Auswärtigen Amte
und dem Handelskammer-Verein würden er-
gänzende Instruktionen an die Konsuln ergehen
sichtlich der Sammlung von Waarenproben
und von Handelsinformationen. Wegen der
sofortigen Veröffentlichung auswärtiger Auf-
forderungen zu Subventionen auf Arbeiten seien
effiziente Vorkehrungen getroffen worden. Auch
die nöthigen Vorkehrungen für die Theilnahme
Englands an der im nächsten Jahre in Brüssel
und an der im Jahre 1900 in Paris statt-
findenden Ausstellung seien getroffen, und die
Beimöglichung der dafür nöthigen Gelder werde
vom Parlamente beantragt werden. Der
Parlaments-Untersekretär Gurnon erklärte ferner,
die Vertreter der Mächte in Konstantinopel
werden, wenn sie ausführlichere Informationen
besitzen, zweifellos erwägen, ob das Vatten der
Schiffungsrede in der kretensischen National-
versammlung in türkischer Sprache den Gegen-
stand einer Untersuchung bilden solle. Die
Telegramme des englischen Konsuls auf Kreta
berichten nicht, daß Abdulla Pascha die Kammer
mit dem Generalgouverneur betreten und offiziell
in den Verhandlungen theilgenommen habe. Der
Konsul auf Kreta berichtet, daß das Gesetzt in
der Umgegend von Kalywed am 16. und 17.

darin, daß man auf der einen Seite den Hauseigentümern Kosten und Leistungen auferlegt, die sie hindern, billiger und besser produzieren zu können, während man auf der anderen Seite gesegnete Magnahmen zur Verringerung der Wohnungsnoth fordert, ja den Hauseigenthümern direct dadurch Konkurrenz bereitet, daß man zur Steuerung der angeblichen Wohnungsnoth aus Staatsmitteln den Bau von Arbeiterwohnhäusern betreibt. Es ist schwer zu verstehen, daß eine Staatsregierung, die die sozialen Pflichten in der Wohnungsfrage und in Miethefrage in der Vordergrund stellt, durch die Finanzpolitik eine Vertiefung der Wohnungsmiethepreise hervorruft. Es ist aber auch schwer zu verstehen, wenn sie unter der Flagge des Schutzes für den wirtschaftlich Schwächeren Gezeihen ihre Sanktion erhebt, die nicht einmal im Interesse des wirklich wirtschaftlich Schwächeren liegen und voraussichtlich zu anderen als den beabsichtigten Wirkungen führen dürften. In stärkster Nähe noch als seither wird es deshalb des Zusammenstufes der städtischen Grundeigenthümer zur Wahrung ihrer Rechte und Interessen und zur Vorbeugung gegen weitere Schädigungen durch die Gesetzgebung bedürfen.

